

Die aktuelle Debatte in Kuba über seine Zukunft

von Gerd Elvers

Drei Ereignisse zeichnen sich ab, die die Zukunft Kubas bestimmen werden: Miguel Díaz-Canel Bemúdez, der von der alten Garde des Politbüros designierte Führer Kubas, ein jung und dynamisch wirkender Vertreter der mittleren nach-revolutionären Generation, tritt immer mehr in den Vordergrund (1). Der erste stellvertretende Ministerpräsident schlägt auf seiner Rede vor dem kubanischen Studentenverband einen ungewohnten, vielversprechenden Ton an, wenn er in einem Satz *revolución mit amor* verbindet. Nach ihm ist die Revolution so human, dass sie mit der Liebe zu konzipieren ist. Zeitgleich wird eine Diskussion um die politische Zukunft Kubas geführt, der die Zeitschrift TEMAS einen Schwerpunkt gewidmet hat (2). Und drittens hat Raúl Castro in einer aufrüttelnden Rede über die Beschädigung der Moral und der Disziplinlosigkeit kritische Akzente für die Zukunftsdebatte in Kuba gesetzt (3).

Drei Strömungen und ein neuer Weg für die kubanische Nation

Die Professorin Camila Pinero Harnecker, Mitarbeiterin des Studienzentrums der kubanischen Ökonomie CEEC, stellt in ihrem Beitrag in TEMAS fest, dass die Visionen über den Sozialismus die aktuellen Veränderungen anleiten und somit ein neuer Weg für die Nation definiert wird (4). Diese Visionen wachsen aus drei Denkströmungen (*corrientes de pensamiento*): den Etatisten (*estatistas*), den Ökonomen (*economistas*) und den Vertretern eines wahrhaften und nachhaltigen demokratischen Sozialismus (*autogestionarios*). Diese drei Strömungen ergänzen sich zum einen Teil und stehen sich zum anderen Teil dichotomisch gegenüber, vorerst in einer Form verschränkter Unversöhnlichkeit, die nach einer dialektischen Auflösung drängt. Harnecker glaubt, dass die Synthese innerhalb des sozialistischen Gesamtrahmens erfolgt, allerdings lassen sich aus den Strömungen Tendenzen ablesen, die den vorgegebenen sozialistischen Rahmen ändern oder sogar sprengen könnten.

Sterndeuter, Kubanologen und Wissenschaft

Über welche wissenschaftliche Methodik kommt die Autorin zu den Strömungen innerhalb der kubanischen Gesellschaft? Sie konzidiert, dass es sich bei den drei Strömungen um Analyseinstrumente handelt, die nur in großen Strichen die in Kuba vorhandenen Fokusse erfassen können. Ein Teilhaber im öffentlichen Diskurs geht nicht zur Gänze in einer Strömung auf, er kann auch Bereiche aus den anderen Strömungen vertreten, das Denken von Menschen folgt nicht allein unilateralen Strukturen, dennoch orientieren sich die Vorstellungen eines Menschen an Präferenzen, die seine Denkstrukturen prägen.

Der Vorteil von Harnecker ist, dass sie ihre soziologische Arbeitsweise auf Inhalte abstellt und nicht auf ideologische Kriterien, wie dies der Spanier Oscar Fernández in seinem Modell des ökonomischen Funktionierens in Kuba und dessen Transformationen tut (5). Er will zwei alternative Formen im Transformationsprozess Kubas festgestellt haben: den Dogmatismus und den Pragmatismus und reiht sich mit derartig ideologisch beladenen Begriffen in die lange Reihe ausländischer „Sterndeuter“ (Kubanologen als Nachfolger der Kreml-Astrologen) ein, die von außen ihre Voreingenommenheit auf Kuba übertragen und zumeist schief lagen, wie in der Annahme, Kuba könne den Untergang des Ostblocks nicht überleben (6).

Jorge Acanda, der das maßgebliche Buch über die kubanische Zivilgesellschaft publiziert hat, spöttelt über die selbsternannten Experten im Kuba-Diskurs: Akteure im Larvenzustand träten in ungewissen und unsicheren Szenarien auf, sowie solche, die kryptische Drehbücher schrieben, in denen viele Worte mit Bindestrich vorkämen (7).

Staat, Ökonomie und Selbstbestimmung im öffentlichen Diskurs

Harneckers Beobachtungen, die sie in ihrem Artikel ausgewertet hat, basieren auf eine Analyse des öffentlich zugänglichen Diskurses (*discurso publico*). Dazu zählen offizielle Erklärungen, formale und informale Debatten, die schriftlich festgehalten sind, Aussagen in Kommunikationsmedien sowie Publikationen – akademisch und in der Presse – von Kubanern in den letzten Jahren. Ihr Ziel ist es, Material als Beitrag zu einer offenen und breiten Meinungsbildung in der kubanischen Gesellschaft über die Zukunft zu liefern. Gezielte Meinungsumfragen wie im Westen oder in Ansätzen in China um die Quellenlage zu verbreitern, gibt es nicht. Andererseits kommt den öffentlich zugänglichen Publikationen in Kuba eine größere Bedeutung zu als im Westen mit seiner Inflation von Meinungen und Positionen. Was schwarz auf weiß gedruckt vorliegt, trägt vorerst die Vermutung in sich, im akzeptierten Toleranzrahmen politischer Meinungen zu liegen.

Ein erheblicher Teil der kritischen Positionen entnimmt sie ausgewerteten Leserbriefen, den *cartas a la dirección* in der Parteizeitung *Granma*, die jeden Freitag erscheinen, in denen die Bürger sich über Kritikwürdiges aus der Bürokratie oder über politisch Kontroverses äußern. Wenn die Redaktion der Parteizeitung aus der Menge der eingesandten Briefe einige wenige publiziert, geht es nicht nur darum, den Streu vom Weizen zu trennen, sondern die Kriterien der Auswahl sind ein politischer Prozess. Man könnte darin eine politische Zensur sehen, die kein brauchbares Material für eine soziologische Studie lieferte, sondern wo als Druckventil „Dampf abgelassen werden sollte“, wie die Zeitschrift *Eulenspiegel* in der DDR es tat: Kritik, ohne dass es wirklich weh tut, Flucht in die Humoreske.

Angesichts der Pointiertheit der Leserbriefe mit Kontroversen und „Tabubrüchen“, kann man der Redaktion der *Granma* zubilligen, dass sie ihr politisches Mandat aus einem journalistischen kritischen Ethos heraus ableitet und in ihrer Auswahl Fälle von allgemeiner Bedeutung aufgreift, die einen größeren Kreis der Leser interessiert und bedeutsam in der Zukunftsdebatte sind. Weil symptomatische Fälle der administrativen Willkür, der ungerechten Behandlung von Bürgern, aber auch kontroverse Positionen für oder gegen die Rolle des Privateigentums, für oder wider Markt und Plan von der Autorin über lange Zeit ausgewertet worden sind, konnte sie ein breites Meinungsspektrum gewinnen.

Denkströmungen in der Zivilgesellschaft Grundlage gesellschaftlicher Debatten und Handelns

Die bekanntesten Autoren der Thematik sind Hegel, Gramsci, Weber, Althusser, Bourdieu. Der kubanische Philosoph Reynier Abreu Morales hat die wechselhafte Vorgeschichte der Strömungen in der kubanischen Zivilgesellschaft seit der Revolution 1959 dargestellt, auf die hier nur kurz eingegangen werden kann (8). Geistesströmungen brauchen für ihre Existenz einen sozialen Raum, informell oder öffentlich, den die Zivilgesellschaft zumeist bietet. Permanente Interkommunikation Gleichgesinnter und Bestätigung durch die Realität des Alltags mit sozialer Relevanz bestärken oder schwächen die Strömungen und beeinflussen den Kurs in ihrer Entwicklung. Ihre Inhalte bedürfen einer ständigen Aktualisierung. Ideen sind das Panorama möglichen Handelns. Werden sie im politisch-sozialen Raum virulent, machen sie Geschichte.

Die kubanische Zivilgesellschaft steckt die Zukunftsdebatte ab

Indem Harnecker aus dem öffentlichen Diskurs der kubanischen Gesellschaft die drei Ausprägungen entwickelt, die über den zukünftigen Weges Kubas entscheiden, entsteht ein pluralistisches Bild, das dem langläufigen entgegensteht, in dem ein ursprünglich aus der Sowjetunion kommender Marxismus von revolutionären Avantgardisten im Volk verbreitert und weiterentwickelt wurde, von einer (neugegründeten) allzuständigen kommunistischen Einheitspartei, die eine unbestrittene Führungsrolle beansprucht, ergänzt um einige gesellschaftliche Institutionen wie die *poder popular* (*asamblea nacional*). Dieses Bild entspricht nicht mehr der heutigen Realität. Vielmehr ist Harneckers Konstrukt zu entnehmen – wie noch im Einzelnen dargestellt wird - dass die Denkströmungen aus der Zivilgesellschaft in die kommunistische Partei wirken wie umgekehrt. Die alte autonome

Dominanz einer in sich geschlossenen „Weltanschauung“ namens Kommunismus als der eines „thinking tanks“ der Gesellschaft gilt nicht mehr. Die Vorstellung über einen allentscheidenden meinungsbildenden Marxismus muss revidiert werden (9). Damit sind Marx und Lenin nicht aus der Welt. Sie wirken in allen Bereichen der Strömungen mit, wenn auch nicht im Kontext der alten autoritären Deklamationen.

Politische Wissenschaften als neue geisteswissenschaftliche Disziplin in der Havanner Universität

Diesem geisteswissenschaftlichen Trend entsprechen neue Organisationen im Wissenschaftsbereich, Seit 2008 haben sich die Politischen Wissenschaften unter der Leitung von Thalía Fung Riverón etabliert, um Anschluss an die internationale Wissenschaftswelt zu erlangen. Nach dem Debakel des Untergangs des Ostblocks soll eine neue Plattform gewonnen werden, von der aus der politische Prozess weltweit unter Einbeziehung der Wirkungsmacht des Kapitalismus untersucht werden soll, und die Kader, die Chefs und die Massen in die Studienrichtung einbezogen werden. (10).

Seitdem der überkommene Marxismus seine allentscheidende autonome Ideen-Kraft in der Gesellschaft verloren hat, ist auch die Stellung der Partei im öffentlichen Diskurs neu zu adjustieren. Die Bewusstseinslagen der Parteimitglieder orientieren sich an die drei Strömungen wie in der übrigen Gesellschaft, weil die Parteimitglieder selber Teil der Gesellschaft sind. Man kann sagen, dass in der Partei die Strömungen der Gesellschaft wirken.

Die Bildung und Prägung der Meinungen entstehen im gewichtigen Umfang aus der Zivilgesellschaft. Es spricht für die kubanische Zivilgesellschaft, dass mit dem abgesteckten Dreieck – Staat, Ökonomie, Selbstbestimmung – die wichtigsten Elemente der Debatte über die Verteidigung der sozialistischen Revolution abgedeckt sind. Diesem Bild steht nicht entgegen, dass die PCC, nachdem die Visionen aus der Gesellschaft mit ihrem Zutun und ihrem Beitrag entscheidungsreif geworden sind, das Macht-Zentrum bleiben kann, das die Meinungen, in gebündelte Direktiven umgewandelt, der Regierung übergibt. In welchem Ausmaße aber – darüber entscheidet der politische Gesamtprozess am Ende, wenn er abgeschlossen ist. Ob die Akte machtmäßiger Entscheidung über den politischen Kurs in monopolistischer Form wie bisher bei ihr bleibt, hängt davon ab, mit welcher Gewichtung die verschiedenen Strömungen sich durchsetzen werden. Wird – was für Harnecker aus heutiger Sicht wahrscheinlich ist - die Weiche zugunsten der etatistischen Strömung gestellt, wird sich wenig ändern, was gegen die Intention des Reformprozesses gerichtet wäre. An der Notwendigkeit des Wandels geht kein Weg vorbei.

Aus der Krise des Marxismus wachsen Chancen für Reformen

Beigetragen zur Neuadjustierung des Marxismus in der Gesellschaft und zu neuen Fragestellungen, die zu Initiativen aus der Zivilgesellschaft über die Zukunft geführt haben, sind nach Ansicht von Jorge Luis Acanda, Philosophieprofessor an der Universität Havanna, historische Aspekte (11): „Der Untergang des sozialistischen Lagers und die Erschöpfung des Modells des Marxismus von 1971 ließen auch die Stellung des Marxismus im Lande nicht unberührt. Zur eigenen Diskreditierung beigetragen hat eine vulgarisierende Propagierung des Marxismus in weiten Teilen der Gesellschaft, der Tatbestand, dass die kommunistischen Klassiker Marx, Engels, Lenin kaum wieder auferlegt werden und dass ernste Defizite im Unterricht des Marxismus sich auf allen Erziehungsebenen fortgeschleppt haben“ (12). Acanda sieht aus der Krise des Alten eine Chance für den Neubeginn eines kritischen Marxismus, der sich wieder im Zentrum des sozialen Lebens einnistet.

Bei der Ursachenforschung über den Wandel kann man weiterhin anfügen, dass die kommunistische Partei zwar an der revolutionären Vision eines antikapitalistischen Weltentwurfs fest hält, diesen aber nicht mehr in eigenen militanten internationalen Aktionen umsetzt (Che, Angola..), sondern sich auf humanitäre Aktionen (Gesundheit, Kultur) konzentriert. Sie begibt sich zunehmend in den Gestaltungs- und Schutzrahmen neuer sozialistischer Bündnisse (ALBA, CELAC, Petrocaribic, Sozialismus des XXI. Jahrhunderts). Nach Harnecker konzentriert sie sich auf das (defensivere)

kurzfristigere Ziel der ökonomischen Rettung des sozialistischen Projekts Kuba, wie es in den Lineamientos des VI. Parteitages 2011 niedergelegt ist (13). In der Umsetzung der Leitlinien gibt es auf etlichen Baustellen noch einiges zu tun. Harnecker's Untersuchung legt nahe, dass die alte Garde des Politbüros, die sich in der Person von Raúl Castro noch einen Zeitraum von vier Jahren gegeben hat, sich auf die ökonomische Sicherung Kubas konzentriert und die Realisierung längerfristiger Visionen der Nachfolgeneration überlässt.

Eine Rolle im Wandel der Bewusstseinsbildung innerhalb der kubanischen Gesellschaft spielt vielleicht auch, dass der Staat zunehmend die alleinige Hoheit über die Medien mit dem Vordringen des informellen audiovisuellen Konsums verliert (14). Eine ähnliche Analyse ist auf dem Kongress der Presse Mitte Juli 2013 dargestellt worden, in der die generellen Projektion 2013-2014 der Öffentlichkeitsarbeit dargestellt worden ist. Trotz des fehlenden Zugangs zum Internet verbringen große Teile der Jugend zunehmend mehr Stunden mit den Medien USB, Video, MP3, DVD, PC an Stelle des staatlichen Radios und Fernsehens – wie überall in der Welt. Während es dem Staat nach wie vor gelingt, die Hasstiraden an der Außenfront vom nahen Miami medial abzuwehren, breitet sich in der Heimat mit den neuen Medien eine eigenständige – formal unpolitische - Jugendkultur aus, als Teil der Zivilgesellschaft, die sich der traditionellen Beeinflussung der Elterngeneration entzieht. Kuba kann sich nicht von globalen Tendenzen abschotten, und die Jugend will es nicht. In der medialen Kultur nimmt es an der Postmodernen Teil. Zu einer erheblichen Verbreiterung im Spektrum der Meinungen hat auch die wachsende Bildung beigetragen.

Etatismus, die Perfektionierung des Sozialismus über den Staat

Für die „Etatisten“ als eine der Strömungen, die Harnecker ausgemacht hat, ist das Hauptziel des Sozialismus ein repräsentativer und gut verwalteter Staat, der die Gesellschaft kontrolliert (15). In dem starken Staat stimmen die Mitglieder mit seinen Zielen überein. Nach Harnecker „betonen seine Vertreter mit Nachdruck, dass der kubanische Staat sich dezidiert von den kapitalistischen unterscheidet: er ist sozialistisch, weil er den Interessen der Arbeiter dient und nicht denen der Kapitalisten“. Um die Grundbedürfnisse (necesidades básicas) seiner Bürger zu befriedigen, ist er ein zentralisierter Staat mit einer vertikalen Struktur. Horizontale Akteure würden ein Chaos erzeugen. Wegen Defizite in der autoritativen Planifikation wird ein beschränkter Markt als unvermeidbar geduldet. Autonome Organisationen wie demokratische Unternehmenslenkung schaffen Konflikte und fördern die soziale Desintegration. Die Bürger sind nicht darauf vorbereitet, ihre eigenen Angelegenheiten (propios asuntos) zu lenken. Ihre individuellen Interessen enden in ökonomischer Ineffizienz und sozialer Desintegration“.

Etatisten: mehr Kontrolle und soziale Disziplin

Um den Sozialismus besser zu verteidigen, soll die soziale Disziplin und ihre Kontrolle in der kubanischen Gesellschaft angehoben werden. Die Reduktion des Defizits des Staatshaushalts, der betrieblichen Verluste und des Außenhandels haben erste Priorität. Nach Harnecker zitieren die Etatisten Raúl Castro, dass die Arbeitsmethoden durch die Institutionen geändert werden sollen, schließen aber nicht eine Demokratisierung und mehr Autonomie mit ein. Für die Etatisten sind die Hauptprobleme der kubanischen Gesellschaft das mangelhafte ökonomische Management und die Disziplinlosigkeit in den Unternehmungsleitungen (Administratoren), bei den Funktionären der Ministerien und Mitglieder der Partei, was sich in niedriger Produktivität und Qualität sowie fehlender Kontrolle niederschlägt. Die Folge sind Vergeudung von Ressourcen und eine wachsende Korruption. Die Mittel dagegen sind Kontrolle und Disziplin, durch den Staat erzwungen.

Ein Beispiel bietet der Redebeitrag von Raúl Castro auf dem 8. Plenum der Nationalversammlung am 7. Juli 2013, der an Schonungslosigkeit nicht zu übertreffen ist: „Wir haben mit Schmerzen in den meisten Jahren der Spezialperiode die wachsende Beschädigung der moralischen und zivilen Werte wahrgenommen, wie die Ehrlichkeit (honestidad), die Anständigkeit (decencia), die Scham (vergüenza), die Würde (decoro), Rechtschaffenheit (honradez) und die Sensibilität vor den anderen“.

Und an anderer Stelle fügt er an, dass „ein Teil der Gesellschaft den Raub am Staat für normal ansieht. Man fördert mit relativer Straffreiheit die illegalen Bauten, die Okkupation nicht autorisierter Wohnungen an ungebührlichen Orten, die gesetzwidrige Kommerzialisierung von Waren und Dienstleistungen, die Nichterfüllung von Zeitplänen in Arbeitsstätten, den Diebstahl und illegalen Frevel (sacrificio) an Erträgen“, usw. Raúl hat eine lange Liste aufgestellt. Als Mittel gegen die Misswirtschaft setzt er auf Disziplin, Wiedergewinnung der ethischen Werte und strikte Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften. Um diese Werte zu stärken, werden auch die Kirchen mit einbezogen, wie am 15. Juli 2013 in einem Treffen von Díaz-Canel mit der ökumenischen Bewegung Kubas (CIC). Nach Harnecker übersehen die Etatisten dabei nicht die Rolle der gesellschaftlichen Kultur. Es braucht mehr Erziehung zur Verantwortung sowie ein Wandel der Mentalität (cambio de mentalidad), während die Ökonomen die niedrigen Löhne für Arbeitsunlust, fehlende Verantwortung und mangelnde Disziplin verantwortlich machen und die Einfügung von adäquaten Anreizen propagieren.

Die Verteidigung und der Ausbau des Sozialismus liegt für die Etatisten also in mehr Kontrolle und Überwachung in der vertikalen Struktur, während die Bewegungsfreiheit (Autonomie) der Administratoren (Unternehmensleitungen) besser kontrolliert werden soll. Die Etatisten denken an externe Kontrollorgane, wie die Direktiven über die Arbeiter oder an die jüngst geschaffene Generalkontrolle der Republik (Controlería General de la República). Nach Harnecker wäre es ein Irrtum anzunehmen, dass die Mehrheit der unteren Funktionäre des staatlichen Apparates sich mit der etatistischen Position identifizieren würde. Entsprechend ihrer Lebenserfahrungen tendieren sie mehr in die Richtung der Ökonomen oder Vertreter von Selbstbestimmung. Die mittleren Ränge und die Administratoren befürchten hingegen im letzteren Fall einen Verlust ihrer Stellung, meint Harnecker. Wäre dem so, träfe auf Kuba das gleiche zu wie auf andere Staaten: Die Bürokratie hat ein Eigeninteresse zu wachsen und ihre Pfründe zu verteidigen.

Viele Kubaner sind der inkompetenten Bürokratie müde. Sie wollen mehr Ordnung im Sinne einer besseren staatlichen Serviceleistung. Andererseits befürchten sie, dass substanziellere Wechsel (cambios más sustanciales) die sozialen Errungenschaften der Revolution gefährden würden. Und es gibt in den Reihen der gebildeten Intellektuellen einige, die den (alten) sowjetischen Typus repräsentieren, die gegen jegliche Form der Dezentralisierung opponieren und die gegen die Öffnung von Organisationen sind. Man könnte glauben, dass die Armeeoffiziere dieser Form des Etatismus beipflichten. In ihren Reihen gibt es aber viele, die mehr der ökonomistischen Strömung zuneigen, weil diese pragmatischer sei.

Ökonomen: Der Sozialismus des Marktes ist der einzig gangbare Weg

Im Gefolge von Marx sind für die Ökonomen die Entwicklung der Produktivkräfte das Hauptziel, d.h. über die technologischen Kapazitäten mehr Wachstum zu erzielen. Der Sozialismus versteht sich als Entfesselung gesellschaftlichen Reichtums. Erst muss dieser erzeugt werden, bevor er verteilt werden kann. Die Entfesselung der Produktivkräfte entscheidet über die Zukunft des Sozialismus. Für die Ökonomen sind mehr Privatisierung und Ausbreitung der Märkte (mercantilización) essentiell für die ökonomische und somit sozialistische Entwicklung, während für die Etatisten private Unternehmen und Marktbeziehungen zwar gefährlich aber angesichts der Defizite in der Planifikation unvermeidbar sind. Eine Domestizierung der gefährlichen Märkte ist daher durch den Staat notwendig. Für die Ökonomen ist eine vorsichtige Öffnung von Unternehmen in Richtung Selbstbestimmung und die Expansion von alternativen Unternehmen denkbar, wie die Arbeit auf eigene Rechnung.

Rettung sozialistischer Errungenschaften durch attraktives kapitalistisches Modell?

Die Ökonomen halten die Zentralisation, im staatlichen Monopol beim Handel und der Produktion von Waren und Dienstleistungen sowie das Fehlen von materiellen Anreizen für den Grund der niedrigen Wertschöpfung der kubanischen Wirtschaft. In dem Modell der privaten kapitalistischen Unternehmensleitung (autonome Unternehmen, Autorität der Führung, geleitet durch private

Interessen) wird oft die effizienteste Managementform gesehen, auch wenn nach Harnecker diese Meinung nicht publik gemacht wird. Die Märkte sind die effizienteste Form, ökonomische Aktivitäten zu koordinieren. Diese Denkformen sind von der Überzeugung geleitet, dass angesichts der vorhandenen Ineffizienz des staatlichen Sektors die sozialen Errungenschaften durch die Revolution unhaltbar geworden sind (16). Die ökonomistische Denkströmung – Harnecker zitiert den Leserbrief des Genossen Pavel Vidal Alejandro als Beispiel - impliziert, dass gemäß dem chinesischen und vietnamesischen Modell der Sozialismus durch kapitalistisches Wirtschaften verteidigt und ausgebaut werden kann. Die Ökonomen sind gegen die paternalistischen Beziehungen, die zwischen den Kubanern und dem Staat bestehen, der die Kubaner zur Haltung verleitet, dass ihre eigenen Probleme durch andere (den Staat) gelöst werden. Dass die kapitalistischen Regeln - scheinbar - jeden Einzelnen verantwortlich für sich selbst macht, wird als Vorteil gesehen.

Harnecker urteilt: Wer das kapitalistische Modell befürwortet, übersieht die Zunahme an Ungleichheit, die Marginalisierung von sozialen Gruppen, die Ausbeutung von Lohnarbeit und die Zerstörung der Umwelt. Aber die Befürworter halten das nicht für das aktuellste Problem, weil vordringlicher die Ankurbelung der Wirtschaft sei. Man nimmt für den Markt die unbequemen Konsequenzen in Kauf, dass es Gewinner und Verlierer gibt, (wobei man sich selbst auf der Gewinnerseite sieht). Die Ausbreitung des Marktes im Inland würde auch den Zugang zum Weltmarkt erleichtern und ausländische Investitionen anziehen.

Ich füge zur Kritik Harneckers hinzu: Weniger leicht werden sich die Befürworter des kapitalistischen Weges tun, wenn sie sich die kapitalistische Weltkrise vor Augen halten, in dem das System sich seit 2006 befindet. Zumindest in Europa ist kein Ende der Krise abzusehen. In Havanna haben die Ciencias Sociales 2012 das Tagebuch des Journalisten Pascual Serrano über die jüngsten Auswirkungen der Krise vor allem in Spanien publiziert. Serrano ist ein Mitglied der internationalen Internet-Gruppe „Rebellion“ www.rebellion.org/. Will man sich das antun, durch einen Paradigmenwechsel vom Regen in die Traufe zu kommen, oder doch nicht lieber zu versuchen, das sozialistische System zu verbessern?

Ökonomen: Akzeptanz der Hegemonie der neoklassischen Ökonomie

Kritisch bewertet die Autorin, dass Teile der ökonomistischen Strömung die Hegemonie der neoklassischen Ökonomie akzeptieren und die aufgeworfenen sozialen Fragen ignorieren. Sie zitiert den Journalisten der Granma Félix López in seinem Artikel: „Bürokraten gegen den Wandel“, dass soziale Gerechtigkeit „Feind der Freiheit und der Effizienz“ sein kann (17). Oma Evereny Pérez Villanueva bekräftigt in seinem Leserbrief in der gleichen Ausgabe, dass „man keine Angst vor den Verzerrungen (distorciones) haben soll, die notwendiger Weise in der ersten Etappe des Wandels erscheinen werden“. In diesem Kontext wird auch Front gegen mehr Demokratie in den Unternehmen gemacht: Demokratie ist gut, aber nicht wirklich essential für eine bessere Gesellschaft. Die Experten sollen die sein, die die Entscheidungen treffen.

Etatistische Technokraten und Bürokraten, ungezügelter Leiter staatlicher Unternehmen

Es wäre falsch, so Harnecker, alle Ökonomen über den gleichen Kamm zu scheren. Es gibt Ökonomen, die soziale Ziele hoch bewerten, weil das gesellschaftliche System als integrales Ganze gesehen werden muss einschließlich der Ökonomie und sozialen Gerechtigkeit. Andererseits bereiten die Ökonomen einen fruchtbaren Boden für die etatistischen Technokraten und Bürokraten, die eine Last für die Vorbereitung einer neuen Politik sind. Die glühendsten Ökonomen sind diejenigen, die als Leiter staatlicher Unternehmen – auf dem Boden staatlichen, also legalen Eigentums – ihre eigenen Ziele anstreben: Mehr Autonomie und weniger Kontrolle für die Unternehmen, weniger Arbeitssicherheit und nur formale Partizipation für die Arbeiter. Das wäre für sie eine geradezu perfekte Situation.

Vertreter der Selbstbestimmung als Garanten eines wahrhaften und nachhaltigen Sozialismus

Die dritte Strömung sind die Vertreter der Selbstbestimmung (Autogestionarios). Wir bevorzugen den gängigen deutschen Begriff an Stelle einer direkten spanischen Übersetzung wie „Selbstleitende“. Im Gleichklang mit den Etatisten und im Unterschied zu dem puristischen Teil der Ökonomen verteidigen die Vertreter der Selbstbestimmung eine soziale Ordnung, die gerechter als im Kapitalismus ist. Inspiriert von dem Konzept des Sozialismus des XXI. Jahrhunderts (Venezuela, Bolivien, Ecuador) und bekräftigt von den humanistischen emanzipatorischen Idealen (José Martí), die die kubanische Revolution seit ihren Anfängen markiert haben, betonen sie, dass es einen wahrhaften Sozialismus nicht ohne Solidarität und Gleichheit geben kann, nicht zu verwechseln mit Gleichmacherei (igualitarismo). Dies setzt voraus, dass die Menschen in allen Bereichen der sozialen Organisation – politisch, ökonomisch, kulturell – substantiell an den Entscheidungen beteiligt werden. Sozialismus ist Selbstbestimmung und Selbstregierung (autogobierno) auf den Ebenen der Arbeit, der Gemeinde, der Region und der Nation, wie Ricardo Ronquillo in Juventud Rebelde in seinem Artikel am 24. September 2011: „Ich entscheide, deshalb existiere ich“ schreibt: „Sozialismus ist nur möglich, wo eine transparente, demokratische und reale Arbeiterkontrolle besteht“. Sozialismus bedeutet deshalb, die (bestehenden) Gewalten zu demokratisieren und zu sozialisieren. um vom Individuum jede Form von Pressure, Subordination, Diskrimination und Exklusion (sozialer Ausgrenzung) zu nehmen.

Selbstbestimmung gegen oppressiven Staat und konventionelle Unternehmen

Die Vertreter der Selbstbestimmung suchen die Emanzipation von einem oppressiven Staat wie von nichtdemokratischen privaten und konventionalen staatlichen Unternehmen in ihren vertikalen Strukturen. Obwohl die Beziehungen in der Lohnarbeit und im Markt auch Formen der Unterdrückung (opresion) sind, stimmen die Vertreter der Selbstbestimmung mehrheitlich darin überein, dass sie nicht verboten werden sollen. Mit der Entwicklung der Gesellschaft sollen sie graduell überwunden und eliminiert werden, indem die vertikalen in horizontalen Strukturen überführt werden. Solche neuen Gebilde wären effektiver und attraktiver.

Das Hauptproblem des kubanischen Sozialismus sei nicht – wie die Ökonomen proklamieren – dass die Politik die Ökonomie okkupiert hätte, sondern wie Politik definiert wurde. Die Vertreter der Selbstbestimmung argumentieren, dass die Entscheidungen auf der zentralen Ebene des Staates, wie der lokalen Regierungen und Unternehmen zu oft ohne eine wahre Teilhabe des Volkes getroffen wurden. Als eine Zeugin benennt Harnecker Mayra Espina mit ihrem Artikel: „Ein Blick auf Kuba heute. Vier Vermutungen aus Beobachtungen und sechs nackte Probleme“ (18). Die demokratischen Defizite führen zu einer geringen Arbeitsmotivation, zu fehlerhaften Managemententscheidungen und münden in die Korruption auf allen Ebenen des Staates.

Über Selbstbestimmung Volkseigentum als eigenes Eigentum erfahren

Obwohl die Vertreter der Selbstverwaltung mit den Etatisten in mehr Kontrolle übereinstimmen und mit den Ökonomen in mehr Anreize, bieten sie unterschiedliche Lösungen an. Das marginale Einlösen von gesetzten Zielen einschließlich der Direktiven durch den Staat, kommt aus einer geringen Einschätzung der Bedeutung, die die Frage des Volkseigentums beim Arbeiter hat, und nicht aus einer mangelnden Bildung oder fehlenden materiellen Anreizen. Harnecker zitiert José Fabelos Artikel „Arbeit. Wichtigster Schlüssel“ in der Zeitschrift Bohemia: „Wenn ich nicht über mein Produkt entscheiden kann, noch über seine Bestimmung, wenn ich nicht in die Unternehmensleitung intervenieren kann und in die Planifikation und nicht über das, was ich mache, was für ein Gefühl von Volkseigentum soll ich haben?“ (19). Aus dieser Erkenntnis ist zu schließen, dass das Volk Staatseigentum nur dann als sein Eigentum begreift und die Lücke zwischen sich und dem Staat schließt, wenn es eine möglichst nahe Mitverantwortung durch Mit-Gestaltung im Alltagsleben erfährt.

Für die Etatisten und Ökonomen ist mehr Demokratie am Ort der Arbeit eine „unbequeme Utopie“, die die Vorherrschaft der Kader (cuadros), Experten oder Unternehmensleiter zu begrenzen droht und nach deren Meinung in Chaos und Insuffizienz endet. Die Demokraten seien Voluntaristen. Sie übersähen, dass nicht alle Kubaner ein Interesse an der Mitbestimmung ihres Unternehmens oder an lokalen Regierungen hätten. Für die Vertreter der Selbstbestimmung stellt sich das Problem genau umgekehrt. Erst die Selbstbestimmung der Menschen führt zu mehr Produktivität. Die Ökonomen bauen eine falsche Dichotomie auf, zwischen Effizienz und unvermeidbarer Ungleichheit wie zwischen sozialer Gerechtigkeit und Materialmangel. Harnecker beruft sich auf den bekannten kubanischen Marxisten Julio César Guanche, der die wahren Zusammenhänge auf die Kurzformel bringt: „Es ist rentabel, Freie zu sein“. (20).

Für Harnecker ist das Vorziehen der demokratischen Leitung in den sozialen Organen intuitiv, als Ergebnis von Intuition und humanen Instinkten. Das gilt für alle die Kubaner, die wahrnehmen, dass die Lösung einiger ihrer bedrängenden Probleme in kollektiver oder genossenschaftlicher Arbeit liegt, die unter den Konsequenzen des Autoritären leiden, aber auch unter den negativen Einflüssen aus der Privatisierung und Ausweitung der Märkte wie Anstieg der Preise, Steuerhinterziehung, die Unterordnung der Vertragsarbeiter, usw. Konkrete Beispiele werden in einem Dossier unter dem Titel: „Kuba, auf dem Weg zu einem neuen Sozialtrakt?“ aufgezeigt

Aktuell definiert man in Kuba einen neuen Weg der Nation,

stellt Harnecker in ihren Schlussbetrachtungen fest. Hinzuzufügen wäre: Bei aller aufgezeigter Kritik sollte nicht vergessen werden, dass die Strömungen konstruktive Wege aufzeigen wollen, wie der Sozialismus verteidigt werden kann. Am wahrscheinlichsten, so Harnecker, wird man das gemeinsame Konfliktfreie aus den Strömungen her nehmen und zu einem großen Ganzen integrieren. Zu beachten ist aber, dass im spanischen Wortklang das Wahrscheinliche – probablemente – nahe dem Problematischen – problemático steht.

Das Wahrscheinliche kann problematisch sein. Warum? Die einzelnen Strömungen sind für sich genommen weitgehend widerspruchsfrei. Die Menschen, die hinter ihnen stehen, denken innerhalb ihres Denksystems logisch, das heißt ohne Widersprüche. Die Widersprüche entstehen zwischen den Strömungen, die Harnecker aufgezeigt hat. Es gibt unterschiedliche Unterziele (hinter dem gemeinsamen Ziel der Verteidigung des Sozialismus); es bieten sich bei gemeinsamen Subzielen verschiedene Wege an, bisweilen kann man von einer „verschränkten ontologischen Unversöhnlichkeit“ sprechen, die in der Sache liegt und nicht so ohne weiteres übergangen oder wegdiskutiert werden kann. In der Sowjetunion hat man beschönigend von nicht-antagonistischen Widersprüchen geredet, wenn man Widersprüche in der eigenen Gesellschaft zu kleisterte. Man wollte den dialektischen Prozess - auf sich bezogen - außer Kraft setzen. Der fehlende Respekt vor dem marxistischen dialektischen Prozess in der Auflösung von eigenen Widersprüchen war der philosophische Grund für den Untergang des Ostblocks, weil die Antithesen, die als Lösungen gegen eine unvollkommene Wirklichkeit dienen sollten, nicht entschieden genug gesetzt worden sind.

Der Grund für das partiell Unversöhnliche ist darin zu sehen, dass die Denkströmungen sich in der Zivilgesellschaft nebeneinander entwickeln, ohne einen permanenten Dialog miteinander geführt zu haben, nachdem ein allumfassender Marxismus seine bindende Wirkung verloren hatte (oder in dieser Form in Kuba nie bestand). Lange Zeit wurde der ökonomische Ernst der Lage nicht angesprochen und falls dies geschah, wurde die US-Blockade exkulpatorisch als Ursache herangezogen – ein externer Faktor, für den man keine Verantwortung trug. Raúl Castro hat diesem Unfug ein Ende bereitet.

Im Vorfeld des VI. Parteitags ist von der Partei ein Dialog über die Leitlinien gestartet worden, vorrangig auf die etatistische Strömung und zum Teil ökonomistische gestützt, wobei der „Kultur des Vertikalen“ Vorrang eingeräumt wurde. Dieser Dialog wird nun auf alle sozialen Aspekte –

ökonomische, soziale, kulturelle – ausgeweitet, vor dem Hintergrund der Strömungen auch oft ohne die Partei, wie Harnecker an vielen Beispielen aufzeigt.

Dialog ohne José Martí und El Che?

In der Darstellung von Harnecker fällt auf, dass in den Denk-Strömungen wenig von José Martí und El Che die Rede ist, obwohl an den „Apostel Kubas“ und den revolutionären Internationalisten nahezu täglich erinnert wird, wie an den 85. Geburtstag von Che am 20. Juni 2013. José Martí steht für die hehren Grundwerte, die in Kuba unstrittig sind: Liebe, Vaterland, Freiheit der Nation, Autonomie, Humanismus, Gemeinwohl (bien común). In diesem Sinn wird die Reformdiskussion ausschließlich von Kubanern initiiert, geführt und zu einem Ergebnis gebracht. Martí ist nach der Relativierung des „Kommunismus 1971“ die Klammer von Staat, Volk und Partei.

Bei El Che ist die Sache komplizierter. Internationale Kontexte sind im internen Dialog zumeist ausgeklammert. Die heutige internationale Lage wird als status quo gesetzt, die US-Blockade bleibt vorerst, ihre negativen Auswirkungen will man mit internen Mitteln überwinden. Die militante internationale Offensive, für die Che steht, hat man aufgegeben. Alles Gründe, warum El Che bisher nicht in der Diskussion um zukünftige Inhalte im Mittelpunkt steht. Unverdienter Maßen. Die marxistischen Ideen von Che stellen einen eigenen Beitrag im öffentlichen Diskurs dar.

Der bis zum Idol gesteigerte Heros verdeckt, dass der internationalistische Praktiker sich kräftig als Industrieminister in die theoretische Debatte Anfangs der 60iger Jahre eingemischt und ein marxistisches Gegenmodell zur mangelhaften Sowjetpraxis entwickelt hat. Wenn es heute eine Gruppe von „Chewisten“ in Kuba gibt, dann auch und vor allem wegen seiner weitsichtigen Kritik an der Übernahme der Sowjetwirtschaft und mit ihr deren Ideologie in Kuba. Das Zentrum der Studien Che Guevara hat 2012 wichtige Reden und Schriften publiziert (21), wohl als Beitrag für den aktuellen öffentlichen Diskurs gedacht.

El Che: Arbeit ist gesellschaftliche Produktion, nicht die eines Individuums

El Che ist ein Denker des Ganzen, ohne das konkret Einzelne aus den Augen zu verlieren. In seiner Rede vom 24. September 1961: „Wir können nicht die Idee von der Verteidigung der Revolution von der Arbeit trennen“, moduliert er das Thema, worüber sein Denken kreist, dass die Revolution nur über die richtige Form der Arbeit gesichert werden kann, in der die Entlohnung eine Hauptrolle spielt. Wie die Revolution nur aus dem Zusammenwirken aller Beteiligter siegreich war, so ist die Steigerung der Produktivität nur aus dem Miteinander aller Arbeiter und Unternehmen möglich. Eine neue Fabrik mit ihrer Arbeitskraft vermehrt die Möglichkeit der Produktivitätssteigerung anderer Unternehmen.

Für die Entlohnung hat dies die wichtige Erkenntnis – konträr zur Sowjetunion (und in gewissem Maße für Kuba bis heute) - dass einem einzelnen Arbeiter eine bestimmte Arbeitsleistung nicht allein zugesprochen werden kann, sondern hinter seinem Ertrag die Gesellschaft als Ganzes steht. Das revolutionäre Denken, womit die Revolution nach ihrem Triumph auf Dauer gesichert werden kann, kommt aus dem solidarischen Bewusstsein der Arbeiter füreinander und für die Gesellschaft als Ganzes. Für die Entlohnung bedeutet dies, dass der gesellschaftliche Beitrag, der im Lohn steckt, angemessen berücksichtigt werden muss, auf Kosten des individuellen.

Wenn man bis heute in Kuba sich gegen die „Gleichmacherei“ wendet, zielt dies auf die Ideen Ches, ob bewusst oder nicht sei dahingestellt. Es dokumentiert, dass es jenseits aller Heroisierung noch einer inhaltlichen Aufarbeitung der Ideen von El Che bedarf. Für ihn stand fest: Anstelle spezieller Anreize durch Lohnspreizung hat das revolutionäre Bewusstsein zu stehen. In gleicher Weise führte er die schon damals grassierende Bürokratie auf den Mangel an revolutionärem Bewusstsein zurück, was die Bürokraten mit dem Vorwurf des „Voluntarismus“ und der „Spontaneität“ kontern wollten, die üblichen üblen Schimpfworte aus der sowjetischen Bürokratenwelt. Der Einwand entlarvt nicht

nur das tiefgreifende bürokratische Verständnis, sondern es ist inhaltlich falsch. In seiner Rede: „Eine neue Kultur der Arbeit“ vor der Zentrale der Arbeiter CTC, in der er auch am 21. August 1962 eine Delegation aus dem „Brudervolk“ der DDR begrüßte, wandte er sich gegen jene Direktoren seines Ministeriums, die in ihrem revolutionärem Enthusiasmus die notwendige Perspektive verlieren und mit ihr die Disziplin.

El Che: Strikte Planifikation an Stelle des kapitalistischen Wertgesetzes

Zentrales Anliegen für Che war die rigorose Anwendung einer sozialistischen Planifikation an Stelle des (kapitalistischen) Wertgesetzes in den sozialistischen Ländern (einschließlich Kuba). In der Anwendung des Wertgesetzes behielt über die sogenannte Wirtschaftsrechnung (cálculo económico) das Geld seine kapitalistische Funktion als Zahlungs-, Kreditmittel, im Warenaustausch usw. Der ökonomischen Steuerung des Sozialismus wurde in einem zentralen Bereich ein Stück Kapitalismus implantiert. Da es aber bei Plan-Preisen blieb, die nicht nach den Gesetzen eines freien Marktes Knappheiten von Ressourcen anzeigen, war das hybride Gebilde sowjetischen Wirtschaftens weder Fisch noch Fleisch. In der Zeitschrift Cuba Socialista (Nummer 32) verteidigte der französische Marxist Charles Bettelheim das hybride sowjetische System, während El Che es im Juni 1964 in dem Artikel: „Die sozialistische Planifikation, seine Bedeutung“ in Frage stellte. Dort finden sich auch die handschriftlichen Kommentare von Che zum „Handbuch der ökonomischen Politik der Sowjetunion“, unter dem sybillinischen Titel: „X Fragen über die Lehren eines berühmten Buches“, mit denen die Logik seines kritischen Denkens gut zu verfolgen ist.

In der heutigen Bewertung hat aus meiner Sicht Che Recht in seiner Kritik der inkonsequenten und irrationalen Steuerung der sozialistischen Wirtschaft, was zum ökonomischen Kollaps führte. Neben der philosophischen Begründung des Untergangs des Sowjetsystems – der Nichtanwendung der Dialektik – liegt in dem hybriden Wirtschaftssystem der praktische Grund für seinen Fall. Andererseits bürstet nach 50 Jahren alter Debatten und neuen Diskussionen die dezidierte Planifikation von El Che gegen den Strich. Falls diese einen Platz innerhalb der aktuellen ökonomistischen Strömung beansprucht, liefe dieses in letzter Konsequenz auf eine Abschaffung des Geldes, des Kredites usw. hinaus. Dennoch sollten die theoretischen Beiträge von El Che nicht unter den Tisch fallen. Seine revolutionären Positionen über das sozialistische Bewusstsein der Arbeiter sind ein notwendiger Kontrapunkt zu den Anhängern des kapitalistischen Wirtschaftens. Das Einfallstor zum Neoliberalismus wäre besser verammelt.

Ökonomistische Strömung als Einfalltor für kapitalistisches Wirtschaften?

Wir sind in der Erwähnung des attraktiven sozialistisch-kapitalistischen Modells China und Vietnam schon kurz auf das Thema eingegangen. Wen wundert es, dass ein Teil der ökonomistischen Fraktion in der erfolgreichen Ökonomie Chinas ein Beispiel für Kuba sähe? Zugegeben, die Verwerfungen sind nicht zu übersehen: Ein ungezügelter Markt kriecht Milliardäre, die skrupellos ihren Reichtum zeigen. Enriches vous! auf Chinesisch. Die autonomen Kapitalisten mit Privateigentum wie die Leiter von Staatsbetrieben knebeln Arbeitnehmer und Gewerkschaften mit Hilfe einer korrupten Polizei und Justizapparat, usw. Das chinesische Bild heute ist eher das eines Frühkapitalismus als eines Neoliberalismus der Postmoderne. Aber was zählt die Ethik, wenn es dem Mittelstand, Teile der Arbeiterschaft und der Bauern Jahr für Jahr besser geht? Was kann einer Partei Besseres passieren, als über einen „Wohlstand für alle“ seine Legitimität im Volk zu verankern, nicht als Versprechen sondern real? Die kommunistische Partei Chinas traut sich zu, den kapitalistischen Tiger zu reiten.

Der chinesische Sozialismus reitet den kapitalistischen Tiger

Sicherlich, die individuelle und familiäre Bereicherung, das ideologische Gift des Kapitalismus, gemixt mit einem kruden Konfuzianismus stellt eine Verführung für die „Prinzen“ und Großmütter der Familien der führenden Kader dar, auf deren Konten sich „legal“ Zusammengerafftes findet. Aber wer redet gleich davon, vom kapitalistischen Tiger gefressen zu werden? Wenn die materielle Basis einer entwickelten Wirtschaft geschaffen ist, sind die Voraussetzungen gegeben, wieder zu den Werten des

Sozialismus zurückzukehren, Werte, die man in der Zwischenzeit nur kurzzeitig vergessen hat. Vor allem aber gilt: Die Parteikader können sich sicher fühlen, ihre Pfründe zu sichern. Sie machen China wieder zur Großmacht, die es einstmals war. Den wirtschaftlichen Aufstieg flankiert ein wachsender Nationalismus, den die Staaten Südostasiens im Streit um ein paar winzige Inseln zu spüren bekommen. Nicht umsonst führte der Besuch des neuen chinesischen Ministerpräsidenten in Deutschland zuerst nach Potsdam, um am Ort des Potsdamer Abkommens sich den völkerrechtlichen Anspruch auf ein paar Inselchen gegenüber Japan bestätigen zu lassen, unter dem begeisterten Jubel des einheimischen Publikums.

Es ist bezeichnend, dass die antimarxistische Perversität dieser Gedankengänge vielen nicht einsichtig wird. Es reicht noch nicht einmal zur einfachen Erkenntnis: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing. Schlimmer noch: Von der Praxis der Machterhaltung ist es nur ein kurzer Schritt zur theoretischen Erhöhung. Aus dem historischen Gesetz, dass der Sozialismus auf den Kapitalismus folgt – den Lenin und Mao widerlegt haben – wird postuliert, dass ein tragender Sozialismus nur auf dem Boden des Kapitalismus errichtet werden kann. Und wenn dieser kapitalistische Boden nicht existiert, muss er geschaffen werden – durch eine spezielle neue Form des Sozialismus, weil Markt, Profit, Autonomie der Leitungen, Eigentum an Produktionsmitteln, Konkurrenz in gewissen Entwicklungsphasen den ökonomischen Aufbau rascher und effizienter erledigen könnten, als das sozialistische Wirtschaften.

Julio Díaz Vázquez schreibt in TEMAS 66 mit dem Titel: „Eine kritische Bilanz über die kubanische Ökonomie“ (22), dass „China und Vietnam mit ihrer praktischen Position eines organischen Marktes zu bekräftigen scheinen, dass es nicht möglich ist, den Sozialismus zu konstruieren, ohne eine Periode des Marktes aufzubauen“. Wohlverstanden eines Marktes, auf dem private Unternehmen operieren. Labrada Fernández schlägt in die gleiche Kerbe und verkündet ohne Umschweife: Ohne Furcht zum Reichtum! (23). Wie wäre es, angesichts solcher Gedanken nicht gleich auf den Umweg über den Sozialismus zu verzichten und den direkten sozialdemokratischen Weg des Kapitalismus zu gehen?

Alternative zu Harnecker: Die Partizipation der Bürger im kubanischen Republikanismus

Das soziologische Harnecker-Modell des öffentlichen Diskurses hat den Vorteil, die Ideen der Etatisten, Ökonomen und Vertreter der Selbstbestimmung auf die gleiche Augenhöhe zu stellen. Das ist keine Selbstverständlichkeit in einer Gesellschaft, wo nach Harnecker die Führung der kommunistischen Partei dem etatistischen Modell zuneigt und die Ökonomen das Expertenwissen beanspruchen, wie das ökonomische Überleben Kubas abzusichern sei. Die Ideen der Demokratie in Form der Selbstbestimmung fristen im alltäglichen Leben eher ein Mauerblümchendasein, werden aber von der Soziologin reichlich mit Wasser versorgt.

Zu dieser Darstellung hat Julio César Guanche, ein bekannter Essayist und Theoretiker, sein alternatives Modell in der gleichen Ausgabe von TEMAS unter der Überschrift: „Die Partizipation der Bürger im kubanischen Staat“ publiziert (24). Schon aus der Überschrift kann eine Alternative zu Harnecker herausgelesen werden: Es geht nicht um Selbstbestimmung sondern um Teilhabe, und diese Teilhabe hat sich dem Staat unterzuordnen, genauer, die Partizipation ist ein konstituierender Bestandteil des Staates. Der sozialistische Staat ist seinem Wesen nach partizipativ.

Der demokratische Republikanismus als politische Kultur Kubas heute und in Zukunft

Guanche definiert Kuba – in Übereinstimmung mit den anderen sozialistischen Staaten Lateinamerikas: Venezuela, Bolivien, Ecuador – als *republicanismo democrático*. Den antidemokratischen Republikanismus Lateinamerikas repräsentieren die oligarchen und despotischen Staaten der Vergangenheit. Das Wort Republik entspspricht nicht die Demokratie eo ipso, es bedarf eines zusätzlichen Attributs „demokratisch“ (Deutsche Demokratische Republik). Für die Gründer der Bundesrepublik Deutschland war in der Namensgebung der Föderalismus gewichtiger als die Demokratie. Trotz dieser „Neutralität“ des Begriffs Republikanismus ist historisch gesehen die „*libertad republicana*“ als Einheit zu verstehen. Für Guanche ist sie die Konstruktion für Unabhängigkeit und

Autonomie. Das Programm der universellen Freiheit ist der Kampf gegen den herkömmlichen Partikularismus in der monopolistischen Ausübung der Macht, die aus dem Eigentum abgeleitet wird. Es ist der Kampf gegen die Kontrolle einer partikularistischen Gruppe über die Bedingungen der Reproduktion des persönlichen und sozialen Lebens .

Kuba: Teil des neuen republikanischen Konstitutionalismus Lateinamerikas

Aus der republikanischen Bestimmung des kubanischen Staatsverständnisses von Guanche kann man sein Bemühen ablesen, Kuba in die (neue) Konstitution der übrigen sozialistischen Staaten Lateinamerikas einzugliedern, die sich „Nuevo Constitucionalismo Latinoamerica“ (NCI) nennt. Revolution und Kampf gegen die Hegemonie aus dem Privateigentum bleiben als Ziel, erhalten aber eine „erhöhte Begrifflichkeit“, unter deren Dach sich auch andere sozialistische Staaten wiederfinden, die ihre Macht über die Wahlen errangen. Aber mehr als das. Der republikanische Staat ist identisch mit dem Kampf gegen das monopolisierte Privatkapital, er ist also identisch mit den Interessen seiner Bürger, ihr Leben und Arbeit befreit von der kapitalistischen Hegemonie zu führen, also frei zu sein.

Demokratischer Republikanismus als Selbstregierung der Bürger

Die politische Macht des Staates ist als gemeinsames Eigentum zu verstehen, verbunden mit den Bürgern. Die Partizipation der Bürger ist also in dem bürgerlichen Selbstverständnis Selbstregierung und nicht nur ein Weg, um individuelle Interessen zu verteidigen. Die staatlichen Institutionen regeln im Einzelnen die Umsetzung des Bürgerwillens. Es sind dies die direkte Partizipation wie die Poder Popular, Nationalversammlung, lokale und regionale Parlamente, der oberste Gerichtshof, das Wahlsystem, öffentliche Referenden, Rechenschaftslegung der Verwaltungen vor den Bürgern, usw. Es ist eine formale Beschreibung, ein institutionelles Modell, was über die inneren Abläufe der Selbstermächtigung („empowerment“) wenig besagt. Ohne Vergleiche ziehen zu wollen, die unpassend wären, es ist, als wolle man das „System Kohl“, das auf die Förderung von persönlichen Loyalitäten, Paladine, Intrigen einerseits und auf die Bekämpfung von Illoyalitäten abgestellt war, mit der Beschreibung des Grundgesetzes erfassen.

In seiner Schlussbetrachtung allerdings verlässt Guanche das Formale. Zwar bleibt er allgemein mit der kritischen Darstellung, was für die Zukunft besser gemacht werden sollte, aber an Deutlichkeit lässt seine Kritik keinen Zweifel. Der Staat soll sich in einen entschiedenen Akteur verwandeln, wenn es um eine größere demokratische Entwicklung geht, er soll dies aber nicht allein tun (Guanche: 77). Die Macht soll auf verschiedene Schultern verteilt werden: Staat, öffentliche Sphäre, Massenorganisationen, bürgerliche Gruppierungen, in einem politischen Raum, in dem die Prinzipien der Autonomie und Kooperation gelten, in direkter Partizipation der Basis an der Ausarbeitung, der Ausführung und Kontrolle der staatlichen Politik bis zu dem Horizont: des kollektiven Aufbaus von Ordnung – ein Plädoyer gegen den Allmachtanspruch der Partei.

Das heutige kubanische System arbeitet im Widerspruch zu sich selbst

Die Einordnung der Partizipation der Bürger in das staatliche System stößt auf zahlreiche Hindernisse, stellt Guanche fest. Zum einen entstammen die Hindernisse dessen „Milieu“, zum anderen dem Entwurf des Staatsmodells. Das institutionelle System Kubas hält sich „aufgrund der Qualität seiner Akteure, die es laufend ausbessern trotz aller Widersprüche und fehlender Anreize. Die an der Basis das System unterstützen, experimentieren mit großen Verschleiß, denn das System führt nicht alle seine Vorbedingungen aus, begrenzt den Inhalt an Mitteln für die Beauftragten und operiert in einem Kontext, der die Möglichkeit reduziert, die Funktionen auszuführen, die es eingerichtet hat“. Deshalb ist die erneute Einarbeitung des partizipativen Modells in den Staat gefordert, in einer gründlichen Umplanung, um die aufgestellten Prinzipien in ihrer Durchsetzung zu stärken. In Lateinamerika existieren Experimente, die als Referenz für die Umformulierung des kubanischen Modells in den Bereichen politische Partizipation und Repräsentation dienen können.

Der Dialog mit diesem konstitutionellen Konzept könnte das kubanische Modell aktualisieren. Und nicht genug damit. Nach Guanche könnte „generell die Philosophie in der Gestaltung der Macht neu konzipiert werden“.

Empowerment – Selbstermächtigung - in Kuba?

Aus dem Bisherigen sind einige Schlussfolgerungen zu ziehen: Die bestehende institutionalisierte Partizipation von poder popular wie die Volksversammlung, die Wahlnominierungen von Kandidaten auf örtlicher und regionaler Ebene, die Rechenschaftspflicht, usw. stehen in der Kritik. Sie haben nicht das Entstehen unterschiedlicher Strömungen in der Zivilgesellschaft verhindern können, sie konnten nicht als Moderatoren und Mediatoren eine virulente Vorstellung des „bien común“ entwerfen, eine alles integrierende lebendige Idee in den Köpfen der Menschen bis in die Hütten (bohios) des flachen Landes und den Randvierteln Havannas. Lässt man den Blick von der Insel auf den lateinamerikanischen Kontinent schweifen, findet man eine mögliche Antwort. Diese hat die kubanische Professorin Joanna Quevedo in einer direkten Form der Demokratie der sozialistischen Staaten Lateinamerikas gefunden: im Empowerment (empoderamiento), in einer direkten Einbettung der Bürgerschaft in die Ausübung der politischen Macht des Staates (25).

Es lassen sich mehrere Formen der direkten Demokratie unterscheiden. Die eine ist die Protestbewegung auf den Straßen Spaniens wie in der Bewegung 15M gegen die Hegemonialmacht des Neoliberalismus und seine Krise. (26). Sie ist anti-institutionell, organisiert sich aus sich heraus in experimenteller Weise, eine lockere Probe des Protestes, ein Versuch. Schlägt er fehl oder wirkt er nur partiell wie Okkupy Wallstreet, versucht man es an anderer Stelle erneut, ein Abtasten eines Boxers, ein erster Schlagabtausch, um seinen Gegner auf die Probe zu stellen, um seine schwachen Stellen zu finden, aber vor allem um die eigene Stärke zu testen. Ein Spiel mit großer Ernsthaftigkeit.

Das Empowerment, ein Begriff der direkten Demokratie, wozu es im Deutschen keine Entsprechung gibt, ist für einen seiner Protagonisten, John Friedman, die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen in allen Fragen, die das Leben eines Menschen direkt betreffen, aber außerhalb ihm liegen (27). Zwischen dem Menschen und der politischen Entscheidung besteht eine direkte Linie, weil die politische Struktur des Staates ihm den direkten Zugang garantiert, so dass er auf Entscheidungen (mit anderen Gleich-Betroffenen) Zugang und bei Erfolg Zugriff und Kontrolle hat. Auf diese Weise sind die konventionellen Entscheidungswege und Institutionen außer Kraft gesetzt, die üblichen Blockaden wie Parteien, Eliten, Bürokratien, nicht aber der Staat als solcher, der die Wege für Referenden, Volksentscheide, legislative Initiativen, usw. reguliert.

Direkte Ausübung der Souveränität des Volkes

Rousseaus Prinzip der direkten Ausübung der Souveränität durch den Bürger erhält hier seine unmittelbare Entsprechung. Aber auch in der direkten Demokratie schiebt sich die Macht zwischen dem direkten Votum und der Entscheidung. Die Macht legt sich nach Michel Foucault wie ein Netz, mehr oder weniger dicht gewoben, über alle Formationen der Gesellschaft. Es gibt keine machtfreie Räume. Die Macht agiert in einer Reihe von gesteuerten Ereignissen, begleitet von Diskursen, die die Ereignisse kodifizieren und legitimieren, und errichtet dabei ein diffuses Spannungsfeld, das die Personen bis in die Winkel ihrer Körper organisiert, normalisiert und diszipliniert. (28).

Es ist nicht zufällig, dass Joanna Quevedo in den sozialistischen Ländern Venezuela, Bolivien und Ecuador die staatlichen Organisationen findet, in denen das Empowerment am intensivsten genutzt wird. Das Präsidialsystem, verbunden mit Volksbefragungen gibt den sozialistischen Präsidenten die gewünschte Vollmacht direkt durch das Volk, um die konservative Opposition in ihrer antisozialen Blockadepolitik auf demokratischer Weise in die Defensive zu drängen. Die den Prozess der Referenden begleitenden Massen-Kampagnen, mobilisiert die Mehrheit der Armen, die sich ansonsten von der Meinungsbildung ausgeschlossen sieht. Es findet eine Politisierung der

Bevölkerung statt, die an konkreten Beispielen lernt, wie ein politischer Prozess abläuft, und wie man sich selbst helfen kann. In Brasilien sieht die Präsidentin Dilma Rousseff im Plebiszit die Methode, das politische System zu reformieren, dass die Massenproteste in den Straßen Sao Paulo und Rio de Janeiro einfordern, unter dem Beifall ihres Vorgängers Luiz Inácio Lula da Silva. Kubas politisches System sieht das Referendum als Möglichkeit der direkten Demokratie vor. Zugleich sollte aber der demokratischen Strömung in der kubanischen Gesellschaft mehr Gewicht in ihrer ganzen Breite beigemessen werden. Über mehr Demokratie können einige dringende Probleme Kubas angepackt werden.

Raúl Castro: Beschädigung der sozialen Moral in der kubanischen Gesellschaft

Die alarmierende Aufzählung von Verletzungen der Moral und der sozialen Disziplin in der kubanischen Gesellschaft durch Raúl Castro auf dem 8. Plenum der Nationalversammlung am siebenten Juli 2013, beherrscht die interne Diskussion und wird sie weiter beschäftigen. In der Art einer „Kapuzinerpredigt“ prangert er die Beschädigung (deterioro) der sozialen Moral an. Die Beschädigung reicht von dem Kauf von Noten an den Universitäten, über laute Musik in den Straßen, Belästigungen der Touristen durch Kubanerinnen, die Raubfischerei von Langusten, bis zu Betrügereien bei der Abrechnung von Arbeitszeiten in den Betrieben. Es sind Beschädigungen, die tief in den Alltag der Gesellschaft greifen. Das Problem liegt nicht nur bei den Akteuren. Was dem Schaden die ganze Dimension verleiht, sind die Dulder der Beschädigungen der sozialen Moral, die sie wahrnehmen, aber aktiv nichts dagegen tun. Weil diese Beschädigungen tief in den kubanischen Alltag hinein reichen, hat Raúl wohl auch auf eines der üblichen zeitlichen Kampagnen des Staates und der Partei verzichtet, die zu kurz gegriffen hätten. Seine Rede ist als Appell an die „Unbeschädigten“ der Gesellschaft zu verstehen, im kubanischen Alltag an allen Orten gegen die Verletzung der sozialen Moral anzugehen, in den Familien, Schulen, Behörden, Betrieben und auf der Straße.

Was sind die Ursachen für die Beeinträchtigungen an Anstand, guten Sitten und Moral in Teilen der Gesellschaft, was die Lösungen? Der Paukenschlag durch Raúl brachte keine Neuigkeiten für die Einheimischen. Jeder Kubaner kennt genügend Beispiele für das Fehlen an Sensibilität gegenüber dem Nächsten, an Raffgier, an Missachtung des öffentlichen Eigentums, an Bummelantentum, an Trägheit der Gedanken, aber noch nie wurden diese so deutlich öffentlich gemacht. Gewiss, schon vorher war der uferlosen Korruption der Kampf angesagt, ein ernstes Thema, das den Kern der Gesellschaft aushöhlt, aber noch nie wurde in dieser Breite diese gesellschaftliche Krise so offen angesprochen.

Die Jugendzeitschrift *juventud rebelde* hat ausgemacht, dass „zu Beginn der 90iger Jahre - der ökonomischen Krise geschuldet – die ersten Signale des Verlustes an Werten erschienen“ (29). Die Zeitung zitiert Raúl, dass dieses fehlerhafte Verhalten einen „Charakter-Abgrund“ (*graves grietas de carácter*) in Familie und Schule erzeugt hat, was aber – so sind meine Schlussfolgerungen - vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise nach dem Untergang der Sowjetunion als eines der sekundären Erklärungsversuche zu werten ist. Folgt man marxistischen Interpretationsmustern kann eine solche tiefgreifende Krise der Gesellschaft in der Tat nur in der ökonomischen Krise geortet werden. Hinzu kommt die Desillusionierung über den sowjetischen Typus des Sozialismus nach dem Untergang der Sowjetunion.

Schnelldurchlauf durch die Revolutionsgeschichte

Um diese Zusammenhänge zu vertiefen, sollen die Ereignisse der letzten 20 Jahre kurz rekapituliert werden. Der tiefe Einschnitt 1990/91 führte in Kuba deshalb nicht – wie in der DDR – zum Zusammenbruch des politischen Systems, weil dieses bis heute auf dem Triumph der Revolution aufgebaut ist, eine autonome Leistung der Nation der Dritten Welt, Vorbild für einige Länder

Lateinamerikas und weltweit. Diese Revolution wurde in den ersten Jahren durch Alphabetisierung, Aufbau eines Gesundheitswesens für alle, eine funktionierende Infrastruktur, Staudämme usw. weiter gefestigt, wobei der Sozialismus sowjetischer Ideologie übernommen wurde, als Schutzwall gegen die USA, aber gegen den Widerstand von Che Guevara in wichtigen Fragen der Ökonomie. Mit dem Untergang des Ostblocks wurde dieser ideologische Überbau aus der Sowjetunion, den der Marxist Fernando Martínez Heredia „Kommunismus 71“ nennt, empfindlich getroffen, wenn nicht demontiert (30). Heredia macht den Kniefall Kubas vor einer sowjetischen Ideologie, die die Kultur nur als „einen schmutzigen Zusatz“ (sórdido anadido) behandelte, mit dem Bildungskongress 1971 fest. Zeitgleich entstand mit dem „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts“ eine sozialistische Alternative, die die zeitweise Isolation Kubas in Lateinamerika überwand und die Bekräftigung der nationalen Identität durch den „Apostel“ Martí.

Der tiefe Einschnitt 1990/91 in der Ökonomie und im persönlichen Lebensniveau der Bevölkerung konnte nicht in der Weise wie auf der politischen Ebene abgewehrt werden. Die Spezialperiode konnte zwar den totalen Zusammenbruch verhindern, nicht aber eine rasche Wende der Ökonomie zur Wiederherstellung des alten Konsumniveaus einleiten. Hinzu kam die Verschärfung der Blockade durch die USA. Die ökonomische Krise wird noch lange Kuba beschäftigen. Das Aufholen des privaten Konsumstandes auf das Niveau 1990 ist langwierig, weil am Wachstum der Produktivität der Wirtschaft gebunden. Diese Einsicht, ein langes Tal der ökonomischen Probleme durchschreiten zu müssen, hat sich in der kubanischen Gesellschaft herumgesprochen und den Frust vertieft. Ihr „Opfer“ 1990 wird von der Ökonomie nicht mit einem fühlbaren Wiederaufschwung honoriert.

Das Wirken der ökonomischen Krise im Alltäglichen Kubas

Bertolt Brechts Spruch aus seiner Moritat Mackie Messer: „Erst kommt das Fressen und dann die Moral“ ist die denkbar knappste ironische Zusammenfassung marxistischen Gedankengutes in diesem Zusammenhang. In seiner Banalität ist er der entscheidende Ansatz. Wer morgens sich Gedanken machen muss, wie er abends satt zu Bett geht, hat wenig Sinn für bürgerliche Etikette, Anstand und Moral. Der alltägliche Überlebenskampf konzentriert die Aufmerksamkeit des Menschen auf die Beschaffung des knappsten Guts: Geld. Wie, auf welche Weise ist erst einmal unwichtig. Da der niedrige Lohn wenig hergibt, Einsatz, Fleiß, Verantwortung wenig belohnt werden, ist im Alltag ein Teil der Gesellschaft damit beschäftigt, sich individuell Vorteile zu verschaffen auf Kosten anderer und der Gesellschaft. Man kann diese Banalitäten auch in einer „Theorie der Armut“ zu philosophischen Weihen heben, an den Grundaussagen ändert sich wenig.

Elf Tote durch gepanschten Methylalkohol wegen 4 Pesos (20 Cent) Vorteil

Jüngstes Beispiel, wie man sich Vorteile auf Kosten anderer verschafft, ist der Tod von 11 Bürgern und über 50 weitere Betroffene durch gepanschten Methylalkohol im Stadtteil La Lisa von Havanna (31). Ein Augenzeuge, Pedro Morales Cordoví führt aus: „Das was passiert ist, erfüllt uns mit Trauer über die Sachen, die passieren können, wenn die Illegalitäten sich in etwas Alltägliches, Normales verwandeln, und man sie nicht rechtzeitig bekämpft. Da sind einige Familien in Trauer durch irgendwelche unvernünftige und unverantwortliche Personen, die sich 4 Pesos verdienen wollten“. Hintergrund dieses Ereignisses ist, dass zwei im staatlichen Institut für Pharmazie und Nahrungsmittel Beschäftigte den Methylalkohol aus dem Lager holten, die zuständige Verkäuferin den Alkohol in einem großen Kanister – was gegen die Regeln verstößt – an einen Mann verkaufte, der wiederum einen Teil des Gifttranks an eine Frau mit Verkaufsstand auf der Straße weiter verkaufte. Dort gab es viele Interessenten, die den auf Trinkstärke herabgesetzten Alkohol kauften. Diese Leute können es sich nicht leisten, ein Liter weißen Rum zu 1.90 Peso Convertible (1.70 €) in abgefüllten Flaschen des Staates zu kaufen.

Während sich also die kubanische Regierung darauf konzentriert war, wie die Krise auf politischer und ökonomischer Weise bekämpft werden konnte, vollzog sich in Teilen der Gesellschaft – zuerst unmerklich – ein Wandel der Werte: Weniger Solidarität – mehr Egoismus, weniger Respekt vor

öffentlichem Eigentum – mehr illegale Aneignung, weniger menschliche Würde –. Man könnte die Liste der menschlichen Mängel, die Raúl aufgezeigt hat, danach ordnen, welche Stufen der moralischen Disziplinlosigkeit jeweils erreicht wird, und wie die Verbindungen zwischen ökonomischen Krisenerscheinungen und menschlichem Verhalten jeweils im Einzelnen miteinander verknüpft sind, es kann aber hier nicht der kubanischen Diskussion vorgegriffen werden, die erst beginnt.

Mehr soziale Disziplin und Solidarität durch Änderung des Charakters der Arbeit

Was wir aber tun können, ist aus der beschränkten Sicht eines Externen den möglichen Rahmen abzustecken, innerhalb dessen sich Lösungen anbieten. Es kann keine Frage sein, dass Verstöße gegen Gesetze wie unberechtigte Bereicherungen und Diebstahl strafrechtlich verfolgt werden müssen. Es kann keine Frage sein, dass illegale Verstöße gegen die betriebliche Ordnung über wirksame betriebliche Konfliktkommissionen verfolgt werden sollen, deren größere Arbeitsfähigkeit der Entwurf des neuen Arbeitsrechts viel Platz einräumt. Es sollte aber klar sein, dass menschliche Verhaltensweisen, die sich über zwanzig Jahre tief in die Gesellschaft eingewurzelt haben, schwerlich durch noch mehr Staat bekämpft werden können. An der Verführung zur „sozialen Disziplinlosigkeit“, dem ein Teil der Gesellschaft unterliegt, sich auf Kosten anderer und der Gesellschaft den Vorteil zu verschaffen, den die bloße Arbeit nicht hergibt, ändert sich wenig. Die Mentalität ändert sich auch kaum, wenn über die Schule, Universität oder anderen institutionellen Ebenen der Gesellschaft an die Vernunft appelliert wird, dass durch private Vorteilsnahme auf Kosten der Gesellschaft langfristig man sich selber schädigt. Mehr Solidarität einzuschwören, bleibt eine reine Attitüde, wenn nicht die Konditionen für Solidarität wieder hergestellt werden. Akklamationen, Beschwöungsrituale der ruhmreichen revolutionären Vergangenheit verändern nicht den Alltag. Solidarität ist dann gegeben, wenn der Einzelne erfahrbar erfährt, dass das Gemeinsame zu seinem Vorteil ist. Dieser Vorteil muss fühlbar den Alltag verändern, an jedem Ort und bald.

Nach marxistischen Gesichtspunkten muss in den Charakter der Arbeit eingegriffen werden, der das Wesen der Gesellschaft an entscheidender Stelle bestimmt. Die Schule, die Universität, die betriebliche Ausbildung wären als Teile gesellschaftlicher Arbeit zusätzliche Ansätze für moralische Werte. Dazu die Mobilisierung des „unbeschädigten“ Teils der Gesellschaft gegen den alltäglichen Frust. Aber dies hat nur begrenzte Wirkung, so lange nicht der Kern angepackt wird. Da eine unmittelbare und rasche Verbesserung des individuellen Einkommens durch Arbeit in traditioneller Weise nicht erreichbar ist, müssen andere Lösungen angefasst werden.

Identität von verantwortlichem Handeln und Belohnung durch mehr direkte Demokratie in den staatlichen Unternehmen und den gesellschaftlichen Institutionen

Es sind die staatlichen Unternehmen, die den Charakter der Arbeit in Kuba prägen. Ihre innerbetriebliche alltägliche Erlebniswelt ist ein prägender Faktor für die moralischen Werte außerhalb der Fabriktore. Ihre relativ niedrige Arbeitsproduktivität hat eine Quelle in den Mängeln der administrativen Leitungen und der Demotivation der Arbeiter angesichts des niedrigen Lohnes. Da dieser sich nur allmählich erhöhen kann, „geschultert“ durch mehr Arbeitsproduktivität, schließt sich der *circulus vitiosus*. Dabei kann es nicht bleiben. „Kostenlos“ – und damit außerhalb der ökonomischen Zwänge - wäre es, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeiter in den Unternehmen zu erhöhen, zugleich die Mitwirkungsrechte der Gesellschaft außerhalb der Unternehmen. Der sechste Parteitag hat die Rechte der Betriebsleitungen erheblich ausgedehnt, ohne deren Machtzuwachs durch mehr Mitbestimmung der Belegschaften auszugleichen. Diese einseitige Bevorzugung einer Gruppe kann den möglichen Missbrauch der Macht (*abuso de poder*) erhöhen.

Die aktuelle Bedeutung von Selbstbestimmung

Mehr Mitwirkung in den Betrieben, den Verwaltungen auf allen Ebenen bis zur gesellschaftlichen Planifikation macht die Menschen nicht satter. Selber in der Produktion direkt mitzugestalten und

somit für die eigene Arbeit verantwortlich zu sein, macht aber die Arbeiter zu einem mitbestimmenden Element neben den Leitungen, verbessert ihre Motivation und erhöht die Produktivität als Faktor von Lohnerhöhungen.

In einer neuen Form der Mitgestaltung ist die Aufstellung des volkswirtschaftlichen Rahmenplanes mit einzubeziehen. Das Verhältnis von Markt und Plan ist neu zu adjustieren. Elemente wie volkswirtschaftliche Lohnsumme, Investitionen, die Rate ihrer Aufteilung, der Außenbeitrag sind keine mysteriösen Veranstaltungen von Bürokraten sondern wichtige Elemente des Volksganzen. Eine demokratische Planifikation begrenzt den Chaos auf den Märkten. Sie kann den Traum von El Che näher bringen, dass nicht die Wirtschaft die Menschen, sondern die Menschen die Wirtschaft bestimmen.

Literatur

1. La Revolución es tan humana que hay que concebirla con amor, Rede auf dem VIII. Kongress des kubanischen Studentenverbandes FEU, in Granma, 14. Juni 2013
2. TEMAS 70, Kultur, Ideologie, Gesellschaft, La Habana, Juni 2012
3. Raúl Castro: intervención, 7. Juli 2013, publiziert 8. Juli in der Parteizeitung Granma
4. TEMAS 70, Visiones sobre el socialismo que guían los cambios actuales en Cuba: 47
5. Oscar Fernández, El modelo de funcionamiento económico en Cuba y sus transformaciones, www.ecumed.net
6. René Márquez, Cubanología y Revolución, ciencias sociales, La Habana, 2006
7. Jorje Acanda, Sciedad Civil y Hegemonia, Centro de Investigación y Desarrollo de la Cultura Juan Marinello, La Habana, 2002: 40-47
8. Reynier Abreu Morales, Cuba 1959, Una nueva civilidad? Ciencias Sociales, La Habana 2008
9. Isabel Monal, TEMAS 71, September 2012, S. 103
10. Vorwort von Thalía Fung, in: Armando Christóbal Pérez, El Estado – Nación, su Origen y construcción, Ciencias Sociales, La Habana, 2008
11. Apuntes sobre filosofía y marxismo en Cuba, in: La filosofía en su tiempo histórico, Ruth Casa Editorial, Panama, 2012: 206
12. Acanda: 215
13. Gerd Elvers, Acracadabra, in scharf-links
14. Benigno Iglesias u.a., USB: el consumo audiovisual informal, TEMAS 70: 81
15. Harnecker: 47; Etatismus: zentralistischer Staat als Regulator der Gesellschaft, Wikipedia.
16. Harnecker: 48
17. "Burócratas vs cambios", Granma, 30. September, 2011
18. Mayra Espina, in: TEMAS 56, La Habana, Dezember 2008
19. Bohemia, La Habana, 13. Oktober 2010
20. "Es rentable ser libres", Espacio Laical 2, La Habana, 2011
21. Ernesto Che Guevara, Retos de la transición socialista en Cuba, 1961-1965, Ciencias Sociales, La Habana, 2012
22. TEMAS 66, La Habana, Juni 2011
23. Palabra Nueva, La Habana, Nr. 203, Januar 2011
24. La participación ciudadana en el Estado cubano, Tamas 70: 69
25. Joanna Quevedo, Empoderamiento, democracia directa y nuevo constitucionalismo en América Latina, Tamas 70: 30
26. Montserrat Galcerán Huguet, Democracia radical contra el capitalismo contemporáneo, in: La filosofía en su tiempo histórico: 115
27. John Friedman, Empowerment, The Politics of Alternative Development, Blackwell, Massachusetts 1992
28. Michel Foucault, Le sujet et le pouvoir, en Dits et écrits, vol. 4, Gallimard, París 1994
29. Entre el Fraude y la Moral, Juventud rebelde, 21. Juli 2013

30. Fernando Martínez Heredia: Rezension des Films „Luneta en la Memoria“, in: Revista Cine Cubano, Dezember 2012, pp: 55
31. Die schmutzige Schneide des Todes, Juventud rebelde, 1. August 2013

Gerd Elvers
Mayari, Kuba, Juli 2013

B